iv POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
SEPTEMBER 2025

WAS DER POLITISCHE HERBST BRINGT – UND WAS NOCH **FEHLT**

To-Do-Liste für den Standort Österreich

Seite 7

EU-MERCOSUR

Eine Partnerschaft als Motor für Wachstum

Seite 2

OBERÖSTERREICH

Bundeskanzler Stocker zu Gast im Haus der Industrie

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

SECURITY & DEFENCE INDUSTRY

Investitionen stärken Europas Industrie

Seite 4

EU-Mercosur: Motor für Wachstum

Das Mercosur-Abkommen ist nach zähen Verhandlungen endlich auf der Zielgeraden. Was es bringt – und wie es nun weitergeht.

Nach mehr als 25 Jahren zäher Verhandlungen steht das EU-Mercosur-Abkommen nun kurz vor dem Ziel. Mit der Freigabe des Vertragstexts durch die EU-Kommission ist ein weiterer entscheidender Schritt getan. Jetzt gilt es, den EU-Ratifikationsprozess rasch positiv abzuschließen und das Abkommen umzusetzen.

Gerade angesichts der derzeitigen Wirtschaftsflaute in Österreich sind Handelsabkommen ein wichtiger Konjunkturimpuls für die heimische Wirtschaft. Bereits heute sichern EU-Exporte nach Mercosur 32.000 Arbeitsplätze in Österreich. Zudem braucht es gerade jetzt (auch aufgrund der anhaltend erratischen US-Handelspolitik und des steigenden Protektionismus) regelbasierten Handel mit verlässlichen Partnern weltweit.

Was bringt das Mercosur-Abkommen?

Zum einen werden 91 Prozent der Zölle für EU-Exporte nach Mercosur (die etwa für Autos aktuell bei 35 Prozent oder für Maschinen bei bis zu 20 Prozent liegen) schrittweise abgebaut. Laut EU-Kommission könnte die vollständige Umsetzung eine Zollersparnis für europäische Exporteure in der Höhe von vier Milliarden Euro jährlich bewirken.
Darüber hinaus wird durch das Abkommen der Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt in den Mercosur-Staaten für europäische Exporteure verbessert und der Zugang zu für die grüne Transformation wesentlichen Rohstoffen erleichtert; auch technische Verfahren und regulatorische Hürden werden vereinfacht.

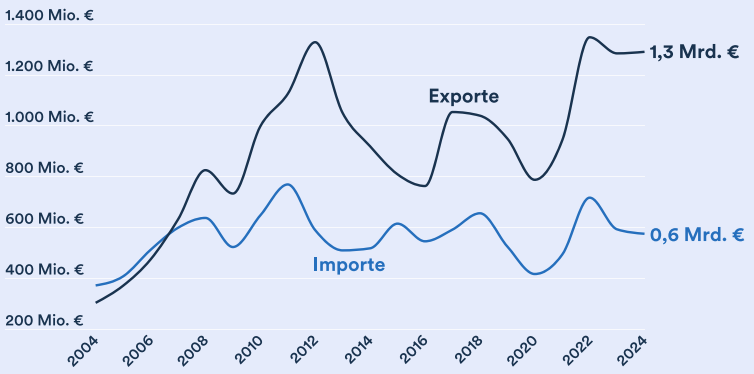
Außerdem bleiben die europäischen und österreichischen Standards im Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelbereich unberührt und vollständig erhalten. Beide Parteien verpflichten sich auch zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens.

Wie geht es weiter?

Es liegt nun an den EU-Mitgliedsstaaten sowie in weiterer Folge am EU-Parlament, grünes Licht zu geben, sodass das Handelsabkommen in Kraft treten kann. Damit schlussendlich das gesamte Abkommen in vollem Umfang Gültigkeit erlangen kann, benötigt der zweite Teil des Abkommens, welcher mehrere Bereiche der politischen Zusammenarbeit umfasst, zusätzlich eine Annahme der nationalen Parlamente aller EU-Mitgliedsstaaten.

WEBTIPP
Alle Infos finden Sie unter:
www.iv.at

Österreichs Handel mit den Mercosur-Staaten
Entwicklung der Importe und Exporte zwischen Österreich und den Mercosur-Staaten, in Euro



Quelle: Statikstik Austria
Anmerkung: Mercosur-Staaten sind Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Bolivien.

EU-USA-Deal: Das gilt für Exporteure

Weiterhin prägen große Unsicherheiten die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Ein Überblick, was nun für die einzelnen Sektoren vereinbart wurde.

Die EU-Kommission hat mit der US-Regierung eine politische Einigung im Handelskonflikt erzielt und nun in einer gemeinsamen Erklärung verschriftlicht. Das Ziel, durch diese EU-US-Vereinbarung eine weitere Eskalation zu verhindern, ist grundsätzlich positiv.

Jedoch ist diese Vereinbarung rechtlich nicht bindend und viele zentrale Fragen in Bezug auf die Umsetzung sind weiterhin unbeantwortet. Auch nach der erfolgten Einigung bleiben die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen von großen Unsicherheiten geprägt.

Was gilt nun aktuell für europäische Exporteure?

Grundsätzlich wird für einen Großteil der europäischen Waren ein US-Einfuhrzoll von insgesamt 15 Prozent eingehoben. Sollten geltende WTO-Zollsätze der USA (das heißt: ohne die zwischenzeitlich verhängten und bisher gültigen Zusatzzölle von zehn Prozent) für gewisse EU-Waren diese 15 Prozent übersteigen, dann gilt der jeweils höhere Zoll. Jedenfalls sind diese Zölle weiterhin äußerst kritisch.

FAHRZEUGE UND FAHRZEUGTEILE

Der aktuell bestehende Zollsatz von 27,5 Prozent (2,5 Prozent + 25 Prozent Zusatzzoll) soll durch den neuen Zoll von insgesamt 15 Prozent ersetzt werden. Allerdings ist dies an die Einhaltung der EU-Zusage hinsichtlich des Zollabbaus auf industrielle Güter aus den USA gebunden. Ein entsprechender Verordnungsvorschlag seitens der EU-Kommission liegt vor. Es gilt nun abzuwarten, ob die USA die Zusage ihrerseits einhalten.

STAHL UND ALUMINIUM

Dieser Bereich ist nicht in der Vereinbarung enthalten. Das bedeutet, dass der aktuelle US-Zollsatz von 50 Prozent, welcher auch Waren mit einem Stahl- und Aluminiumanteil umfasst, weiterhin gültig ist. Hier braucht es dringend eine nachhaltige Lösung.

PHARMAZEUTIKA, HALBLEITER, HOLZ

Nach Abschluss der laufenden „Section 232"-Untersuchungen in diesen Sektoren sowie der Einführung weiterer US-Zölle darf der Zollsatz für EU-Waren in jenen Bereichen 15 Prozent nicht übersteigen.

AUSNAHMEN

Bestimmte Warengruppen, darunter Flugzeuge und Flugzeugteile, gewisse Chemikalien sowie bestimmte Rohstoffe sollen gänzlich von US-Zusatzzöllen ausgenommen sein. Das bedeutet, dass zukünftig in diesen Bereichen lediglich der WTO-Zollsatz greift.

EU-Zusagen und weitere Details

Ebenfalls enthalten sind Investitionszusagen von der EU in Höhe von 600 Mrd. Dollar sowie mehr Beschaffung von u. a. US-LNG und -Öl in Höhe von 750 Mrd. Dollar bis Ende 2028. Außerdem hat die EU den Kauf von US-KI-Chips im Wert von 40 Mrd. Dollar zugesagt. Darüber hinaus einigten sich beide Seiten auf den Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse sowie Kooperationen unter anderem im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit.

Europa muss seine Hausaufgaben machen

Neben zentralen offenen Fragen hinsichtlich der Umsetzung wird auch der konkrete Ausgang des laufenden Gerichtsverfahrens über die Kompetenz des US-Präsidenten, in dieser Art und Weise Zollpolitik zu betreiben, den weiteren Weg der EU-US-Vereinbarung beeinflussen. Außerdem werden auch weitere Vereinbarungen der USA mit anderen Partnern eine Rolle spielen.

Die aktuelle Lage zeigt deutlich: Europa muss seine Hausaufgaben machen und Abhängigkeiten minimieren. Dies betrifft die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und eine Vertiefung des Binnenmarkts sowie die Diversifizierung der europäischen Handelspartner. Allen voran bedeutet das die Umsetzung des vorliegenden Mercosur-Abkommens.

Wir brauchen ein deutliches Startsignal für die Erholung!

Es ist gut, dass die Regierung die Wirtschaft nun ernsthaft in den Mittelpunkt rückt, bevor der Frust über die Standortbedingungen noch drastischere Folgen hat. Das Startsignal für den Aufschwung muss aber noch mutiger und deutlicher ausfallen.

Man kann der Bundesregierung nicht mehr vorwerfen, dass sie kein Problembewusstsein hätte: Die konjunkturelle Lage und die schwierige Situation der Industrie bestimmen Klausuren, Ministerräte und Medienauftritte. Allein die Antworten, die die politischen Akteure auf die mittlerweile gravierenden Probleme haben, sind noch zu leise und zu mutlos – hier muss deutlich mehr gehen. Wer meint, dass die Situation noch nicht schlimm genug ist, um zum Handeln zu zwingen, irrt.

Der „Aufschwung", den manche am Horizont erkennen wollen, ist eine hauchdünne Verbesserung der Wirtschaftsleistung vom zweiten zum dritten Quartal – im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Wirtschaft erneut etwas geschrumpft. Wir gehören nach wie vor zu den wenigen Low-Performern in Europa. Gleichzeitig zeigt eine aktuelle Horváth-Studie, dass bereits die Hälfte der Investitionen großer heimischer Industrieunternehmen ins Ausland fließt. Der Frust über die Standortbedingungen in Österreich ist groß, heißt es in der Studie – wer in diesem Land unterwegs ist, kann dies nur unterstreichen!

Es ist gut, dass die Regierung erste dringend benötigte Maßnahmen setzt. Die Strompreiskompensation (SAG) – übrigens keine (!) Förderung – war überfällig und hilft der energieintensiven Industrie, zumindest die gröbsten Wettbewerbsnachteile aufgrund hoher Energiekosten im Vergleich zu Mitbewerbern aus anderen europäischen Ländern auszugleichen. Der Standortfonds wird junge Innovationstreiber in ihrer Wachstumsphase unterstützen. Und auch die Verdoppelung des Investitionsfreibetrags ist ein guter Schritt, doch mit einem Deckel von einer Million Euro zeigt sich: Die Schritte müssten viel größer sein. Die Investitionserfordernisse der Industrie hätten weitreichendere Maßnahmen gebraucht.

Dass die Koalition die Wirtschaft nun ernsthaft in den Mittelpunkt rückt, ist richtig. Jede Maßnahme, die eher Symbolcharakter hat, jede Strategie, die geschmiedet, aber dann nicht ambitioniert umgesetzt wird, und jeder Gipfel ohne greifbare Ergebnisse werden die Unsicherheiten jedoch eher schüren, als sie zu lösen. Solange die fehlenden strukturellen (!) Reformen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Sozialsystem und Bildung das Budgetloch immer größer werden lassen, fließen Milliarden dorthin, wo sie keine Wirksamkeit über den Status quo hinaus haben. Das Geld fehlt dann an anderer Stelle, um Unternehmen zu entlasten, Investitionen anzuschieben, in die Zukunft zu investieren und uns damit endlich nachhaltig aus der fatalen Wirtschaftsflaute zu befreien. Wir haben in diesem Land ein Strukturproblem, das den möglichen konjunkturellen Aufschwung verhindert bzw. massiv dämpft. Die ersten Schritte im Sofortpaket der Regierung haben ein wenig Glaubwürdigkeit zurückgebracht – jetzt warten die Unternehmen auf ein wirkliches Startsignal, das Vertrauen in den Standort zurückbringen kann.

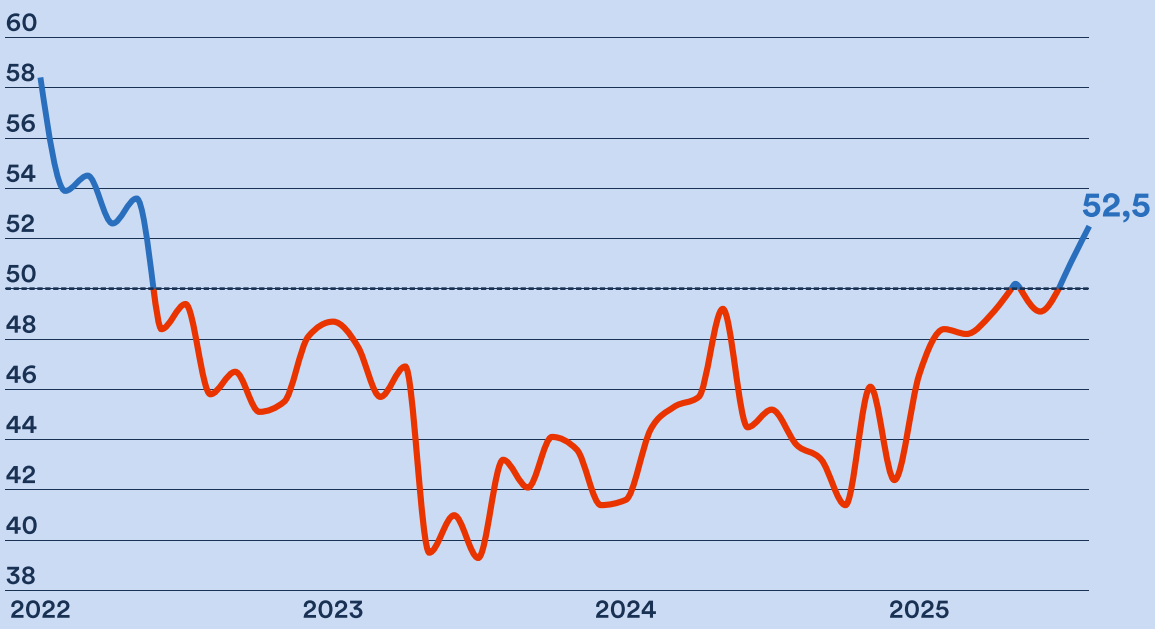
Ihr

Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Im August 2025 stieg der Bank-Austria-Produktionsindex auf 52,5 Punkte und signalisierte damit erstmals seit knapp drei Jahren eine deutliche Ausweitung der Produktionsleistung in der österreichischen Industrie. Auch die Produktionserwartungen für die kommenden zwölf Monate waren mit 57,1 Punkten klar positiv. Die weiterhin rückläufige Auftragsentwicklung deutet aber auf eine gedämpfte Wachstumsdynamik hin. Der starke Abbau von Vormateriallagern sowie das anhaltend hohe Tempo beim Personalabbau zeigen, dass die Unsicherheit aufgrund von US-Zöllen und geopolitischen Risiken nach wie vor groß ist.

Industrieproduktion nimmt erstmals seit drei Jahren zu
Veränderung des Produktionsindex EMI in Punkten



Quelle:
UniCredit Bank Austria

Zahl des Monats

175.609 US-Dollar

investierte Österreich 2021 kaufkraftbereinigt in die Bildung jedes Schülers im Alter von sechs bis 15 Jahren. Innerhalb der OECD verzeichnete nur Norwegen mit 180.367 US-Dollar höhere Ausgaben. Trotz dieser hohen Kosten bleiben die Bildungsergebnisse in Österreich vergleichsweise durchschnittlich – beim PISA-Test 2022 erreichte Österreich im Bereich Mathematik lediglich den elften Platz unter den 38 OECD-Ländern.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück,
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, BG BRG BORG Oberpullendorf, IV Kärnten, IV Niederösterreich, Max Mayrhofer, IV Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark, IV Tirol, IV, I. Schieder, Studio Fasching, ORF, Lukas Beck

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Foto: IV

Kommission zur Weiterentwicklung des Wehrdiensts gestartet

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hat eine Wehrdienstkommission eingesetzt. Ziel ist, die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheers für alle Aufgaben rasch wiederherzustellen.

Unter dem Vorsitz von Milizbeauftragtem Generalmajor Erwin Hameseder und Walter Feichtinger beraten in der neu eingesetzten Wehrdienstkommission 23 Experten über die Weiterentwicklung von Wehr- und Zivildienst sowie die Stärkung der Miliz. Den offiziellen Startschuss gab Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, die Kommissionsmitglieder wurden per Dekret ernannt. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand Anfang Juni statt, inzwischen hat sie mehrmals getagt.

Die Ziele sind, die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheers für alle Aufgaben rasch wiederherzustellen und eine verstärkte Übungstätigkeit zu gewährleisten. Hierfür soll die Kommission bis Ende dieses Jahres drei Modelle ausarbeiten und Bundesminister Tanner vorlegen.

Neben zahlreichen Vertretern des Verteidigungsressorts und weiterer Ministerien sind auch die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung, Gewerkschaft, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, das AMS, Zivildienstorganisationen, die Bundesschuljugend und die Bundesjugendvertretung in der Kommission vertreten. Für die IV ist Vize-Generalsekretär Peter Koren Teil der Kommission.

Die IV hat sich bisher klar eingebracht und darauf hingewiesen, dass Wehr- und Sicherheitspolitik immer auch eine wirtschaftspolitische Dimension haben. Sicherheit und Industrie sind eng miteinander verknüpft. Erste Ergebnisse der Sitzungen sind bereits für Oktober geplant.

Die IV erkennt die sicherheitspolitische Bedeutung eines funktionierenden Wehrsystems ausdrücklich an – insbesondere in Zeiten wachsender globaler Instabilität. Gerade in einer Phase geopolitischer Unsicherheiten hat Sicherheit für die Industrie höchste Priorität; die IV bekennt sich klar

Klaudia Tanner überreicht Peter Koren das Dekret zur Ernennung zum Kommissionsmitglied.

zur gesamtstaatlichen Verantwortung im Bereich der Sicherheitsvorsorge und unterstützt den Ausbau einer gut aufgestellten, einsatzfähigen Miliz als zentrale Säule der umfassenden Landesverteidigung und des Katastrophenschutzes.

Gleichzeitig müssen geplante Veränderungen – etwa eine Verlängerung des Präsenzdiensts oder verpflichtende Milizübungen – mit den Anforderungen der Arbeitswelt in Einklang gebracht werden. Betriebe stehen unter massivem Druck, etwa durch Arbeitskräftemangel und steigende Kosten – daher sind planbare, flexible Modelle für Milizübungen, die den Unternehmen und den Beschäftigten Handlungsspielraum lassen, das Ziel. Sicherheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind keine Gegensätze – sie müssen gemeinsam gedacht werden. Es geht um Lösungen, die sowohl die sicherheitspolitischen Erfordernisse als auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich berücksichtigen.

Verteidigungsinvestitionen stärken Europas Industrie

Die IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ bündelt Expertise und zeigt, wie sicherheitspolitische Notwendigkeiten auch wirtschaftliche Chancen schaffen.

Die Industriellenvereinigung hat unter dem Vorsitz von Erwin Hameseder und Wolfgang Hesoun mit der IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ ein zentrales Forum initiiert, um gemeinsam mit führenden Unternehmen und Experten Strategien, politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie konkrete Maßnahmen zur Stärkung der sicherheits- und verteidigungsrelevanten Industrien in Österreich zu entwickeln. Ein zweites Treffen dieses Industrie-Thinktanks fand Anfang September unter großer Industriebeteiligung im Haus der Industrie statt.

Weniger Bürokratie, mehr Investitionen

Virtuell zu Gast war Generaldirektor Timo Pesonen von der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum der Europäischen Kommission. Er betonte die Handlungsnotwendigkeit in Brüssel bei der Unterstützung der Mitgliedsstaaten und der Industrie bei der Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur. Verteidigungsinvestitionen seien nicht nur eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, sondern stärkten langfristig auch die wirtschaftliche Resilienz, die Wettbewerbsfähigkeit und die industrielle Basis Europas. Mit dem Verteidigungs-Omnibus-Paket ziele die EU-Kommission darauf ab, Bürokratie abzubauen, Verfahren zu beschleunigen und

Beim zweiten Treffen der Taskforce war Verteidigungsexperte Timo Pesonen von der EU-Kommission virtuell zu Gast.

gezielte Anreize für private und öffentliche Investitionen zu schaffen, wobei die EU als Partnerin der Unternehmen auf diesem Investitionsweg agiere.

Weitere hochrangige Gäste waren u. a. Patrick Lobis, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Generalsekretär Severin Gruber, BMWET, und Rüstungsdirektor Harald Vodosek, BMLV. Themen waren unter anderem die wichtige Rolle von industriellen Kooperationen für die technologische Entwicklung und Innovation, ihre sicherheitspolitischen und strategischen Aspekte sowie ihre große wirtschaftliche Bedeutung.

Aufbauend auf den umfassenden Mitgliederrückmeldungen wurden als

Kernthema des Zusammentreffens erste politische und rechtliche Aktionspunkte präsentiert und im Forum diskutiert. Die Ergebnisse werden im Oktober dem IV-Bundesvorstand vorgestellt und in der Folge bei den entsprechenden politischen Entscheidungsträgern vertreten.

In den letzten Monaten ist es der IV bereits gelungen, die Themen der Taskforce verstärkt in die öffentliche Diskussion zu tragen. Durch zahlreiche Medienbeiträge konnte nicht nur die Sichtbarkeit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie deutlich erhöht werden, sondern auch die Relevanz der Industrieanliegen hervorgehoben werden – von der Rolle der Branche für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit bis hin zur Bedeutung einer starken industriellen Basis für die nationale Sicherheit. Damit wurde den Anliegen zusätzlicher politischer und wirtschaftlicher Nachdruck verliehen.

Fotos: IV

Wichtige Schritte für Schlüsseltechnologien aus Europa

Die EU-Kommission hat Vorschläge für den Europäischen Competitiveness-Fonds und das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm vorgelegt. Bei den Verhandlungen muss sich Österreich aktiv einbringen.

Im Juli hat die Europäische Kommission den Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zum nächsten EU-Budget (2028–2034) vorgelegt, der auch den Vorschlag für den neuen EU-Wettbewerbsfonds (ECF) und das neue EU-Forschungsrahmenprogramm (Horizon Europe) enthält. Der ECF soll entlang der gesamten Investitionskette Schwerpunkte für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit setzen, die jetzt in 14 Programmen adressiert werden (darunter auch Horizon Europe), und hat ein vorgeschlagenes Budget von rund 450,5 Mrd. Euro.

Es ist ein klarer Erfolg, dass das nächste Horizon Europe ein Stand-alone-Programm mit deutlich erhöhtem Budget (175 Mrd. Euro, +83 Prozent) werden soll, das zudem auch zweckgebunden ist. Die IV hat sich dafür zusammen mit Mitstreitern intensiv auf EU- sowie nationaler Ebene eingesetzt und wird weiterhin eine starke Ausstattung mit mindestens 200 Mrd. Euro einfordern.

Das neue Horizon Europe soll weiterhin aus vier Säulen bestehen; die zweite Säule enthält einen „Competitiveness"-Teil, der auch mit dem Competitiveness-Fonds verbunden ist, und hat ein vorgeschlagenes Budget von rund 76 Mrd. Euro. Die zweite Säule ist zwar absolut gesehen gewachsen, allerdings anteilig geringer als das Gesamtbudget, obwohl gerade mit dem Competitiveness-Teil der zweiten Säule das wichtige EU-Ziel der Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit adressiert wird.

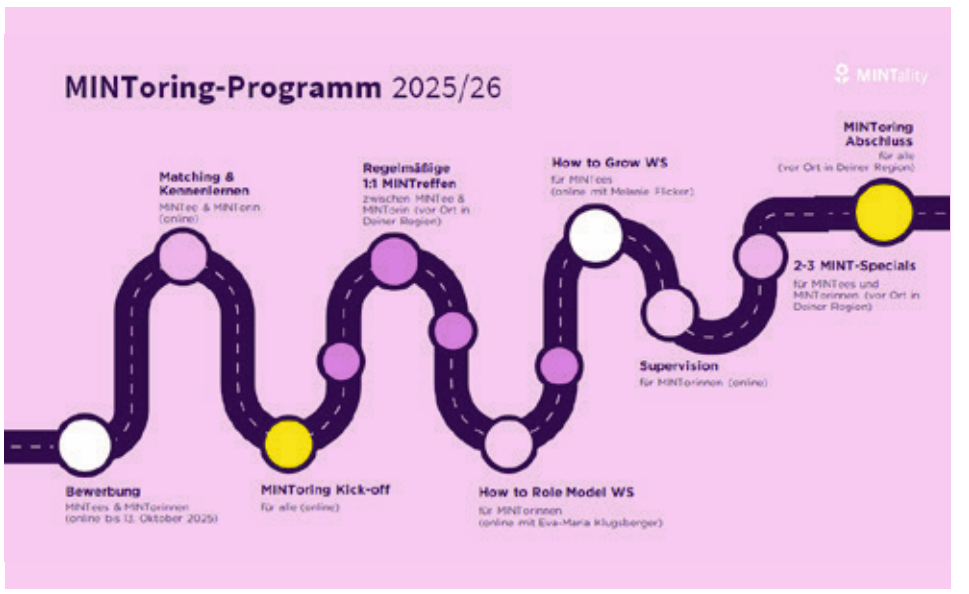
Österreich ist im EU-Forschungsrahmenprogramm Nettoempfänger und sehr erfolgreich – insgesamt hat Österreich bisher im derzeitigen Programm, das noch mehr als zwei Jahre weiterläuft, 1,44 Mrd. Euro zurückgeholt. Hohe Rückflüsse zeigen sich insbesondere in der zweiten Säule, in der grenzüberschreitende, interdisziplinäre F&E-Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ermöglicht werden. Das neue Horizon Europe muss weiterhin besonderen Fokus auf kollaborative Projekte und Partnerschaften legen, die zentraler Motor und Träger für Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit in Europa sind, wie eine Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts auf Basis von 32 Leitbetrieben mit EU-FTI-Aktivitäten in Österreich zeigt. So erwarten befragte Unternehmen einen sehr hohen Nutzen des nächsten Horizon Europe für ihre Wettbewerbsfähigkeit – zudem rangiert das Programm auf Platz drei unter den Standortfaktoren. Top-Motive für die Teilnahme an kooperativen EU-FTI-Projekten sind Risiko- und Kostensenkung, Beschleunigung der nachhaltigen Transformation, Sondierung neuer Themen, Zugang zu Schlüsseltechnologien und neuen Partnern, die Positionierung in strategischen Wertschöpfungsketten sowie Beschleunigungseffekte. Zudem zeigt sich klar, dass europaweite FTI-Kooperationen den Zusammenhalt der europäischen Industrie und ihrer Wertschöpfungsketten festigen. Ziel muss es daher sein, dass die zweite Säule des nächsten Horizon Europe auch anteilig im gleichen Ausmaß wie das Gesamtprogramm gestärkt wird.

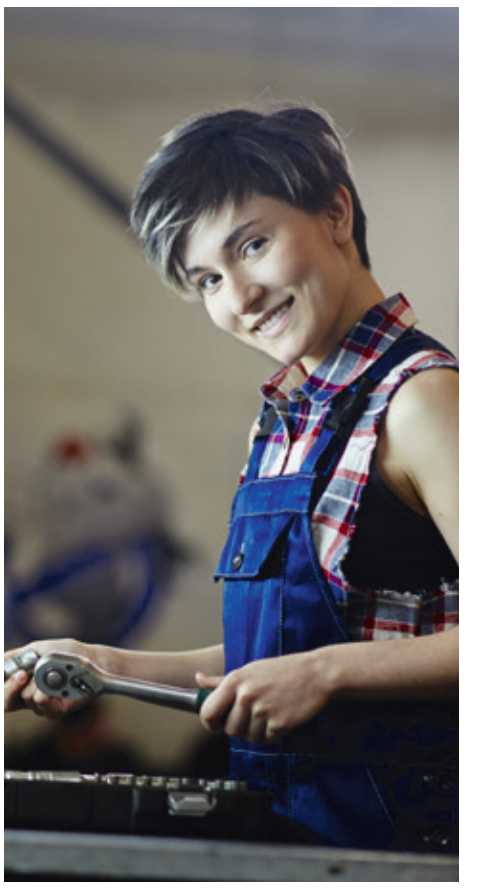
Die Verhandlungen stehen vor der Tür – Österreich muss sich zusammen mit verbündeten Mitgliedsstaaten aktiv dafür einsetzen, dass der ECF und insbesondere das nächste Horizon Europe nun ein echter Hebel zur Stärkung der europäischen Industrie sowie von Schlüsseltechnologien aus Europa werden.

„MINToring" vernetzt junge Technikerinnen

Die MINTality Stiftung startet in den MINT-Regionen das Pilotprojekt „MINToring" mit dem Ziel, mehr Mädchen und junge Frauen auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen.

Die MINTality Stiftung startet mit dem „MINToring 2025/26" ein Programm speziell für Mädchen bzw. junge Frauen, die sich auf unterschiedlichsten MINT-Ausbildungswegen befinden und sich gegenseitig unterstützen wollen. MINT-interessierte Mädchen und junge Frauen zwischen 13 und 25 Jahren werden miteinander vernetzt, systematisch gestärkt und auf ihrem Bildungsweg kontinuierlich über ein Jahr begleitet. Zielsetzung ist, mehr Mädchen und junge Frauen für eine Bildungs- und Berufswahl im MINT-Bereich zu begeistern und sie auf diesem Lernweg aktiv zu unterstützen. Nach der Pilotphase 2025/26 in Kooperation mit den drei MINT-Regionen Traunviertel, Obersteiermark und Wien-West wird das Programm nun österreichweit ausgerollt.





Mutige Mädchen, starke Frauen

Im Zentrum des MINTorings steht das MINToring-Duo: eine MINTee (Schülerin am Ende der Unterstufe bzw. der Oberstufe) wird mit einer MINTorin (HTL-Schülerin, Lehrling im dritten oder vierten Ausbildungsjahr oder MINT-Studentin) mit geringem Altersunterschied gematcht. Über elf Monate hinweg treffen sich MINTee und MINTorin regelmäßig – persönlich oder online – und nehmen an inspirierenden MINT-Aktivitäten, organisiert durch die MINTality Stiftung und die MINT-Regionen, teil. Das außerschulische Programm ist kostenlos und für alle offen, die ihren MINT-Ausbildungsweg gemeinsam gehen wollen. Besonders Unternehmen sind eingeladen, ihre weiblichen MINT-Lehrlinge als MINTorinnen für das Programm zu nominieren und damit jungen Mädchen aus der Unterstufe ein greifbares Vorbild aus der Praxis zur Seite zu stellen.

Mitwirkungsmöglichkeit für Unternehmen

Die MINTality Stiftung sucht weibliche MINT-Lehrlinge (3. bis 4. Lehrjahr), die das MINToring 2025/26 unterstützen möchten. Außerdem ermöglicht MINTeraction ab 2026/27 das praxisnahe Ausprobieren sowie das Kennenlernen von MINT-affinen Unternehmen in der Region für Mädchen bzw. junge Frauen.

Die MINTality Stiftung wurde 2022 von Therese Niss gemeinsam mit neun Unternehmen (Miba, Fronius, Greiner, TGW, Oberbank, KNAPP, Magna, umdasch und A1), der Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) sowie der Innovationsstiftung für Bildung (ISB) ins Leben gerufen. Das gemeinsame Ziel ist es, mehr Mädchen für Technik zu begeistern und sie zu ermutigen, eine Ausbildung in diesen zukunftsträchtigen Bereichen zu ergreifen.

MINToring 2025/26

Bewerbung für weibliche Lehrlinge bis 13. Oktober 2025: **https://forms.office.com/e/R5WwHeS145**

MINTeraction

Kontakt für Unternehmen: **office@mintality.at**

Fotos: MINTality, Adobe Stock

Was der politische Herbst der Industrie bringt

Vom „Sofortpaket“ für die Wirtschaft bis zur Industriestrategie – die Regierung hat sich diesen Herbst viel vorgenommen. Mutige Reformen lassen derzeit jedoch noch auf sich warten.

Der wirtschaftliche Aufschwung wird in Österreich noch etwas auf sich warten lassen. Im zweiten Quartal gab es zwar ein kleines Wachstum von 0,3 Prozent im Vergleich zum ersten Quartal, im Jahresabstand ist das Bruttoinlandsprodukt jedoch erneut um 0,1 Prozent geschrumpft. Im August hat sich laut WIFO die Stimmung in der Industrie leicht aufgehellt; allerdings sei der Anstieg verhalten und bislang zu schwach, um auf einen Aufschwung hinzudeuten. Auch der Index der unternehmerischen Erwartungen lasse derzeit keine nachhaltige Belebung erkennen, zu viele Unsicherheiten prägen nach wie vor das Bild. Die Zoll-Einigung mit den USA mag zumindest einen Zollaufschlag von 30 Prozent abgewehrt haben, aber 15 Prozent Aufschlag mit sektoralen Ausreißern bei Stahl und Aluminium sowie Autos belasten österreichische und europäische Exporteure dennoch (siehe Artikel auf Seite 2). Im ersten Halbjahr sind die Exporte aus Österreich bereits zurückgegangen – mit 14,4 Prozent sind insbesondere die Ausfuhren in die USA eingebrochen. Gleichzeitig steigt die Inflation in Österreich weiterhin und der Abstand zum Eurozonen-Schnitt vergrößert sich. Die Ökonomen von Raiffeisen Research rechnen für 2025 mit einer Jahresinflation von 3,5 Prozent. Schuld an dem Inflationsschub ist heuer das Auslaufen der Strompreisbremse – während dieser Effekt 2026 nicht mehr ins Gewicht fallen wird, bleibt das österreichische Spezifikum, dass Dienstleistungspreise stärker steigen als im Euroraum, insbesondere in der Gastronomie. „Umso mehr braucht es jetzt entschlossenes Handeln, um den Aufschwung einzuleiten, Investitionen zu stärken und Österreich langfristig auf einen stabilen Wachstumspfad zurückzuführen“, betont Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

„Es braucht jetzt entschlossenes Handeln, um den Aufschwung einzuleiten und Investitionen zu stärken.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Herbstlohnrunde und Fachkräftemangel

Angesichts der hohen Inflation werden heuer wieder alle Augen auf die Herbstlohnrunden gerichtet sein: Die zugrunde liegende Durchschnittsinflation liegt diesmal bei 2,8 Prozent. Höher war sie – lässt man die Jahre 2022 bis 2024 beiseite – in den letzten 30 Jahren nur 2001 und 2008. Die hohen Lohnstückkosten haben die heimische Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auch gegenüber anderen Ländern in Europa massiv unter Druck gebracht. Zu diesen Unwegsamkeiten kommen in Österreich deutlich zu hohe Energiepreise und die demografische Verschiebung, die soziale Sicherungssysteme unter Druck bringt – insbesondere das Pensionssystem, das immer mehr aus dem öffentlichen Budget bezuschusst werden muss. Und gleichzeitig wird sich in den kommenden Jahren parallel zum Aufschwung der Arbeits- und Fachkräftemangel zurückmelden und verschärfen. In der Industrie fehlt vor allem auch der qualifizierte Nachwuchs – eine aktuelle Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI), die die IV gemeinsam mit dem Fachverband der Metalltechnischen Industrie (FMTI), dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEI) und dem Österreichischen Verband für Elektrotechnik (OVE) in Auftrag gegeben hat, zeigt das deutlich. Aktuell bleibt österreichweit jede vierte Stelle unbesetzt, für die es junge Menschen mit fundierter HTL-Ausbildung bräuchte. Die Studie beziffert die Lücke derzeit mit 10.000 HTL-Absolventen. Bis 2030 droht der Mangel auf 16.000 junge Technikerinnen und Techniker anzuwachsen – 40 Prozent dieser Stellen blieben dann unbesetzt.

Erstes „Sofortpaket“ für die Wirtschaft

Viele der Schwierigkeiten, vor denen die heimische Wirtschaft steht, will die Regierung schnell angehen. Auch für den Herbst stehen wichtige Weichenstellungen auf der Agenda. „Die Herausforderungen sind groß: hohe Inflation, verhaltenes Wachstum und geopolitische Unsicherheiten. Der Weg zum notwendigen Aufschwung ist kein Sprint, sondern ein Marathon, den wir bereit sind, in Angriff zu nehmen“, sagte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer bei der Präsentation des ersten „Sofortpakets“ für die Wirtschaft Anfang September. Das geschnürte Paket soll ein Volumen von einer Milliarde Euro umfassen, die im Wesentlichen durch Umschichtungen im Budget freigemacht wurde – insbesondere durch Kürzungen bei Förderungen. Kern des Pakets ist die Verdopplung des Investitionsfreibetrags von zehn auf 20 Prozent und bei ökologischen Investitionen von 15 auf 22 Prozent für ein Jahr ab 1. November. Für die Industrie geht die rund 200 Millionen Euro teure Maßnahme nicht weit genug – die Investitionserfordernisse seien viel höher: „Für den Standort wäre ein deutlich ambitionierteres Signal notwendig gewesen, um die Investitionstätigkeit im Land zu steigern“, so Knill.

„Für den Standort wäre ein deutlich ambitionierteres Signal notwendig gewesen.“

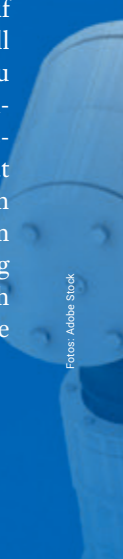
Georg Knill,
IV-Präsident

Positive Signale gibt es derzeit vor allem im Bereich der hohen Energiepreise. So hat Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer das Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz (SAG) in Begutachtung geschickt. (Wenn dieses Heft erscheint, wird das SAG bereits kurz vor dem Beschluss stehen.) Für heuer und nächstes Jahr sollen jeweils bis zu 75 Millionen Euro für energieintensive Unternehmen mit einem Verbrauch von mehr als einer Gigawattstunde ausgeschüttet werden. Die Mittel, die Unternehmen aus dem SAG erhalten, müssen fast vollständig reinvestiert werden – 50 Prozent davon in Energieeffizienzmaßnahmen. „Die Strompreiskompensation ist ein zentrales Anliegen der Industrie und trägt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Unternehmen bei“, so Knill. Noch heuer sollen auch die zwei zentralen Energiegesetze (das Elektrizitätswirtschaftsgesetz, ElWG, und das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz, EABG) im Parlament beschlossen werden. Nicht zuletzt steht die UVP-Novelle auf der Herbst-Agenda der Bundesregierung.

Mit Spannung erwartet wird die genaue Ausgestaltung des Anfang September angekündigten Standortfonds, der über den Dach-Fonds für innovative Startups und Spinoffs in der Wachstumsphase hinausgehen dürfte. Der Standortfonds soll auch Energienetzinfrastruktur mitfinanzieren. Noch im September wird sich darüber hinaus ein eigener Ministerrat zentral dem Thema Entbürokratisierung widmen. „Es braucht dringend einen Befreiungsschlag – erste Schritte durch Maßnahmen wie den Abbau unnötiger Berichtspflichten und die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sind auch in diesem Bereich erkennbar“, kommentiert der IV-Präsident. Noch im Herbst will die Regierung die Reformpartnerschaft vorantreiben – dabei sollen auch Maßnahmen gesetzt werden, um die Energiepreise für Haushalte und Unternehmen zu senken sowie Verwaltungsabläufe deutlich zu straffen. Die Verhandlungen zum Stabilitätspakt neu will die Regierung noch im Herbst abschließen. Und schließlich werden im September erste Ergebnisse der angekündigten Industriestrategie vorliegen.

Es braucht weitere mutige Schritte

Bei dringend notwendigen Strukturreformen zeigt sich die Regierung jedoch noch zurückhaltend. Im Frühjahr wurde eine Anhebung der Korridorpension beschlossen. Ab 2026 steigt das frühestmögliche Antrittsalter in der Korridorpension von 62 auf 63 Jahre und auch die Teilpension wird ab 2026 möglich sein. Gleichzeitig bringt die Regierung diesen Herbst ein Flat-Tax-Modell für Menschen, die über das gesetzliche Pensionsalter hinaus freiwillig weiterarbeiten, auf den Weg. Diese Schritte gehen für Knill in die richtige Richtung, seien aber zu wenig ambitioniert, um der demografischen Herausforderung im Pensionssystem und am Arbeitsmarkt adäquat zu begegnen. „Die zentralen budgetären Herausforderungen wie zum Beispiel im Pensionssystem oder in der Verwaltung bleiben weiterhin ungelöst. Um Österreich zukunftsfit zu machen, braucht es weitere mutige Schritte“, so Knill abschließend.



Fotos: Adobe Stock

TO-DO-LISTE FÜR DEN STANDORT ÖSTERREICH

Ausgewählte wichtige Standortmaßnahmen, um wieder auf die Überholspur zu kommen.

- [x] Strompreiskompensation für energieintensive Industrie
- [x] Wichtige Energiegesetze
- [x] Erhöhung Investitionsfreibetrag
- [x] Schaffung Standortfonds

- [x] Große Strukturreformen
- [x] Entlastung Faktor Arbeit
- [x] Absicherung des Fonds Zukunft Österreich
- [x] Umfassende Entbürokratisierungsoffensive

Schulstart als Reformsignal

Das neue Schuljahr startet mit zahlreichen Neuerungen – darunter viele, für die sich die Industriellenvereinigung schon lange einsetzt. Jetzt müssen die nächsten Schritte entschlossen gegangen werden.

Mit dem Schulstart im Osten Österreichs treten zahlreiche Neuerungen in Kraft, die den Bildungsbereich spürbar verändern. Viele dieser Schritte greifen zentrale Forderungen der Industriellenvereinigung auf; vom Ausbau der Planstellen über die Stärkung der Deutschförderung bis hin zu mehr Unterstützung für Schulleitungen. Damit zeigt sich: Zahlreiche Anliegen der IV sind bereits in Umsetzung, erste Erfolge werden sichtbar.

Wirtschafts- und Finanzbildung gestärkt

Ein wichtiges Beispiel ist die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzbildung – ein weiterer Schritt in jene Richtung, die die IV seit Jahren fordert. Ab dem Schuljahr 2025/26 wird das Wirtschaftskundliche Realgymnasium (WIKU) neu positioniert: Kernstück ist der neue Unterrichtsgegenstand „Wirtschaft, Innovation und Nachhaltigkeit“ in Unter- und Oberstufe. Damit erhalten Schülerinnen und Schüler praxisnahe Kompetenzen, um optimal auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts vorbereitet zu sein.

Entbürokratisierung schafft Freiraum

Positiv zu bewerten ist auch die angekündigte Entbürokratisierung: Weniger Erlässe schaffen bei gleichzeitig klaren Strukturen Raum für die Kernaufgaben der Pädagoginnen und Pädagogen. Genau hier hatte die IV wiederholt Verbesserungen eingefordert. Ein entlastetes Schulsystem kann sich stärker auf seine eigentliche Aufgabe konzentrieren: die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen sowie die Förderung der individuellen Potenziale aller Schülerinnen und Schüler.

Reformpartnerschaft braucht Tempo

Ein weiterer zentraler Punkt ist die gestartete Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Städten. Sie eröffnet die Chance, endlich jene strukturellen Probleme anzugehen, die Österreichs Schulsystem seit Jahren belasten: Kompetenzzersplitterung, Doppelgleisigkeiten und unklare Verantwortlichkeiten. Die IV begrüßt diesen Prozess ausdrücklich – es braucht nun konkrete Entscheidungen und rasche Umsetzungsschritte.

Bildung als Standortfrage

Bildung ist nicht nur ein individuelles Recht und eine gesellschaftliche Aufgabe, sondern auch eine entscheidende Standortfrage – Österreichs Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft hängen unmittelbar davon ab, ob es gelingt, allen Kindern und Jugendlichen die besten Voraussetzungen mitzugeben und so die Fachkräfte von morgen auszubilden. Dass viele bildungspolitische Maßnahmen nun im Sinne der IV auf den Weg gebracht wurden, ist ein positives Signal. Entscheidend wird jedoch sein, dass die Reformen nachhaltig umgesetzt und im Schulalltag spürbar werden.

Salzburg Summit: Europas Kompass in der „Rough New World“

Strategische Orientierung, wirtschaftliche Resilienz und technologische Führungsansprüche waren zentrale Themen des Salzburg Summit, der auch heuer wieder zu einem internationalen geopolitischen Dialog lud.

Unter dem Leitmotiv „Rough New World – Navigating Through Insecurities“ fand Ende Juli der sechste Salzburg Summit der Industriellenvereinigung statt. Mehr als 650 Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten über Europas Rolle in einer zunehmend unsicheren Welt. Georg Knill, Präsident der IV, forderte in seiner Eröffnungsrede einen klaren Kompass für Europa – basierend auf Freiheit, Verantwortung, Innovationskraft, Weltoffenheit und wirtschaftlicher Stärke. In diversen Panels und Interviews stellten prominente Persönlichkeiten wie David Petraeus (ehem. CIA-Direktor), Christian Lindner (ehem. deutscher Finanzminister) und Joschka Fischer (ehem. Vizekanzler Deutschlands) zentrale Fragen zu geopolitischer Stabilität, Finanzierung und Machtverschiebungen in den Fokus.

Ein Schwerpunkt lag auf Europas wirtschaftlicher Basis für strategische Sicherheit. Top-Speaker wie Nicola Beer (EIB), Michael Strugl (Verbund) und Valerie Brunner (RBI) betonten die Notwendigkeit langfristiger Investitionen, der Diversifizierung von Energiequellen sowie der Sicherung kritischer Rohstoffe. Christian Lindner kritisierte die bisherige Wirtschaftspolitik Europas als zu regulierungs- und umverteilungsorientiert und warb für tragfähige Strukturreformen – „Schulden sind nur vorgezogener Wohlstand“. Andere Programmpunkte beleuchteten Europas Potenzial in der Biotechnologie, insbesondere durch stärkere transatlantische Kooperationen; zudem ging es um Bürokratieabbau, Medienwandel, künstliche Intelligenz sowie transatlantische Politik. Der Summit stellte eindringlich klar, dass Europa aktiv handeln muss: Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und technologische Innovationskraft sind keine Gegensätze, sondern Voraussetzungen, um in der „Rough New World“ handlungsfähig zu sein.

V. l. n. r.: Johannes Hahn, Claudia Plakolm, Karoline Edtstadler, Sabine Herlitschka, Georg Knill, Barbara Eibinger-Miedl, Alexander Pröll.

Der ehemalige deutsche Vizekanzler Joschka Fischer.

IV-Präsident Georg Knill.

Der rumänische Präsident Nicuşor Dan.

Der ehemalige deutsche Finanzminister Christian Lindner.

Fotos: IV

Zweiter Jungunternehmertag der Jungen Industrie in Telfs

Zum zweiten Mal fand der bundesweite Jungunternehmertag statt, bei dem in Tirol alles im Zeichen von Innovation stand.

Am 29. August fand in Telfs der zweite bundesweite Jungunternehmertag der Jungen Industrie statt. Nach dem Auftakt im Vorjahr in Graz kam die junge Unternehmergeneration diesmal in Tirol zusammen, um sich über Zukunftsthemen auszutauschen, voneinander zu lernen und neue Kontakte zu knüpfen. Schon am Vorabend bot das Sommerfest der IV Tirol Gelegenheit, sich einzustimmen und in geselliger Atmosphäre zu starten.

Eröffnet wurde der Tag von der Bundesvorsitzenden Julia Aichhorn und dem Vorsitzenden der JI Tirol, Eduard Fröschl. Unterstützt wurden sie dabei von JI-Tirol-Vorstandsmitglied Christoph Mederle, der die Räumlichkeiten bei den Thöni Industriebetrieben zur Verfügung stellte und mit seiner Gastfreundschaft für den passenden Rahmen sorgte.

Der diesjährige Jungunternehmertag stand dabei ganz im Zeichen von Innovation – einem der zentralen Zukunftsthemen für die Industrie. Die Industrie steht heute in einem Umfeld, das von rasantem technologischem Wandel und globalem Wettbewerb geprägt ist; Innovation ist der Schlüssel, um Fortschritt zu gestalten und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Sie eröffnet neue Möglichkeiten und schafft die Basis für nachhaltiges Wachstum, das vor allem für die kommenden Generationen entscheidend sein wird.

Die Keynote von Juris Ulmanis von Alpine Quantum Technologies schlug die Brücke von der Theorie zur Praxis: Er machte deutlich, welche Chancen die Technologie eröffnet und welches enorme Potenzial noch in ihr steckt, das es zu erforschen gilt.

Wie schon im Vorjahr konnten die Teilnehmenden anschließend aus mehreren Workshops wählen, die parallel stattfanden und unterschiedliche Schwerpunkte rund um das Thema Innovation setzten: Anke van Beekhuis widmete sich der Frage, wie eine High Performance Culture in Unternehmen aufgebaut und gelebt werden kann; Eva Zangerle von der Universität Innsbruck zeigte gemeinsam mit Julian Just, welche Chancen eine klare KI-Strategie bietet und wie Betriebe das Potenzial von KI nutzen können; Constantin Krenn von Simon-Kucher thematisierte, wie Innovation, KI und Effizienz den Vertrieb verändern.

Am Nachmittag folgte eine zweite Workshop-Runde: Michael Zoller von Accenture gab Einblicke rund um die Themen IT-Risiken und Cybersecurity; Marcus Ager, Sonja Deutschmann und Florian Meindl von BDO beleuchteten im „Fit and Proper Check Next Generation" die Kompetenzen, die junge Unternehmerinnen und Unternehmer

V. l. n. r.: Christoph Knogler, Julia Aichhorn und Eduard Fröschl beim Jungunternehmertag.

für ihren Weg benötigen; parallel dazu erläuterte Anatol Dietl von Wildhack & Jellinek praxisnah, wie Patente, Marken und Designs Innovationen absichern können.

Ein besonderes Highlight bildete das Kamingespräch mit Christoph Knogler, CEO der KEBA Group und Leiter der IV-KI-Taskforce – er zeigte mit konkreten Beispielen und Erfahrungswerten aus seinem Unternehmen, wie vielseitig und effektiv künstliche Intelligenz eingesetzt werden kann.

Abgerundet wurde der Tag durch ein gemeinsames Afterwork in Telfs. In entspannter Atmosphäre konnten Gespräche fortgeführt, neue Kontakte vertieft und Eindrücke des Tages reflektiert werden.

Der zweite Jungunternehmertag in Tirol war damit ein voller Erfolg. Ein herzlicher Dank gilt allen, die diesen Tag möglich gemacht haben – insbesondere den Vortragenden für ihre Zeit und den wertvollen Input sowie der Landesgruppe Tirol für ihre tatkräftige Unterstützung!

Wechsel in der Geschäftsführung der Jungen Industrie

Franziska Sumberaz folgt Valentin Falb.

Franziska Sumberaz ist neue Bundesgeschäftsführerin der Jungen Industrie. Die 31-Jährige folgte im September auf Valentin Falb, der die Nachwuchsorganisation der Industriellenvereinigung seit 2021 leitete und diese inhaltlich wie organisatorisch stark geprägt hat.

Sumberaz ist seit 2023 Teil der Jungen Industrie und hat in dieser Zeit die strategische Positionierung entscheidend mitgestaltet. Die studierte Kommunikationsexpertin war zuvor mehrere Jahre selbstständig tätig und bringt Erfahrung in Kommunikation und Marketing mit. Künftig möchte sie die Sichtbarkeit der Organisation ausbauen und zentrale industrie- sowie gesellschaftspolitische Zukunftsthemen in den Vordergrund rücken.

Fotos: IV, Junge Industrie

INNOVATION ALS ÜBERLEBENS-FAKTOR

Warum Österreich ohne neue Ideen den Anschluss verliert.

Österreich ist ein Land der Tradition – das ist unsere Stärke, aber zunehmend auch unsere Schwäche. Während andere Regionen Milliarden in Forschung, Digitalisierung und KI investieren, diskutieren wir hierzulande über kleinteilige Regulierungen und geraten ins endlose Mikromanagement. Dabei ist klar: Ohne Innovation gibt es keine Wertschöpfung, ohne Wertschöpfung keinen Wohlstand.

Gerade die junge Generation spürt das besonders – sie will Neues wagen, Startups gründen und Technologien ausprobieren. Doch allzu oft stößt sie dabei auf starre Strukturen, Bürokratie und politische Mutlosigkeit. Wenn wir jungen Menschen in Österreich nicht die Chance geben, ihre Ideen hier zu verwirklichen, dann gehen sie dorthin, wo es einfacher ist – und mit ihnen wandern nicht nur Talente ab, sondern auch die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts.

Die Industrie ist der Motor für Arbeitsplätze und Investitionen, aber dieser Motor braucht den Treibstoff von morgen: mutige Ideen, Forschungsgelder und ein innovationsfreundliches Umfeld. Wer glaubt, Österreich könne im internationalen Wettbewerb mit „Business as usual" bestehen, irrt gewaltig: Die USA, China und zunehmend auch Indien ziehen in Sachen Innovationskraft längst davon. Wir dürfen die junge Generation nicht in einem Land zurücklassen, das lieber alte Strukturen verteidigt, statt neue Wege zu ermöglichen.

Wir brauchen endlich eine Innovationsagenda, die diesen Namen verdient: mit Rahmenbedingungen, die Kapital für Investitionen ermöglichen, einer Bürokratie, die Innovation erleichtert statt verhindert, und Technologieoffenheit, die neue Ansätze nicht von vornherein ausschließt. Am Ende entscheidet vor allem eine Offensive in der MINT-Bildung, ob wir den jungen Menschen das Rüstzeug geben, um Österreichs Zukunft zu gestalten.

Innovation ist kein Luxus, sondern unsere Überlebensstrategie. Je länger wir das verdrängen, desto teurer wird es – vor allem für die kommende Generation.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Bundeskanzler Stocker zu Gast im Haus der Industrie in Linz

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Industrie im Dialog“ der IV-OÖ betonte Bundeskanzler Stocker den Willen der Regierung für Reformen. Im Fokus seiner Agenda: Wettbewerbsfähigkeit sichern, Standort stärken und Strukturreformen anstoßen.

Eine Woche vor der Regierungsklausur gaben Bundeskanzler Christian Stocker und Landeshauptmann Thomas Stelzer einen Einblick in die aktuelle Regierungsarbeit. Im Zentrum von Stockers Ausführungen standen Maßnahmen zur Stärkung der Investitionstätigkeit und zur Entlastung der Unternehmen, welche in der Zwischenzeit durch die Regierungsklausur bestätigt wurden. Neben neuen Abschreibungsmodellen und der Strompreiskompensation thematisierte Stocker die stärkere Einbindung des Kapitalmarkts durch einen Infrastrukturfonds. Dieser könne den Netzausbau bündeln, den Institutionsdruck von den Energiegesellschaften nehmen und privates Kapital mobilisieren. Mit moderater Rendite ließen sich so Netzkosten langfristig senken. Beim Thema Personalkosten verwies Stocker auf die Sozialpartnerschaft: Jede Branche müsse selbst entscheiden, welche Kollektivvertragsabschlüsse möglich sind. Der Abschluss im öffentlichen Dienst und bei den Pensionisten müsse jedoch als Signalgeber wirken. Die Effekte vergangener Abschlüsse seien für den Standort „toxisch“ gewesen, so der Bundeskanzler.

Eine unmittelbare Senkung der Lohnnebenkosten sei angesichts der Budgetlage derzeit nicht machbar. Sobald die Wirtschaft wieder Spielraum biete, solle das Thema erneut aufgegriffen werden. Auch der Abbau bürokratischer Hürden stehe im Fokus der Regierungsarbeit. Die in der Zwischenzeit kommunizierten Ergebnisse der Regierungsklausur stellen einen ersten Schritt dar, lösen aber die massiven strukturellen Probleme des Standorts nicht. Wesentlich umfassendere Veränderungen sind zwingend notwendig, wenn Österreich wieder auf die Überholspur kommen will.

Teilzeitjob

Nicht nur der Sommer arbeitete in diesem Jahr in Österreich Teilzeit – die „Teilzeitbeschäftigung“ mit komplexen standortpolitischen Problemen scheint der neue Standard in der öffentlichen Debatte geworden zu sein.

Das politische Sommerloch 2025 war dominiert von einer Teilzeitdiskussion um die Teilzeit und eine Teilzeitdiskussion um Lebensmittelpreise. Schon gewöhnt haben wir uns an die Teilzeitdiskussion in der Energiepolitik, die noch nie politisch zu Ende gedacht, geschweige denn strategisch geplant wurde. Und nicht zuletzt ist auch der Einsatz für einen Konjunkturaufschwung bestenfalls mit Teilzeitengagement betrieben worden. Halbe Kraft bringt einen aber nicht ans Ziel, sondern nur ins nächste Café.

Der Reihe nach: In Österreich behauptete der langjährige und geschätzte AMS-Geschäftsführer Johannes Kopf im ZiB-2-Studio, die Zunahme der Teilzeit läge an der fehlenden Kinderbetreuung. Man fragt sich, warum es dann in Wien mit voll ausgebauter Kinderbetreuung die niedrigste Frauenerwerbsquote aller österreichischen Bundesländer gibt und warum der Prozentsatz an Teilzeitbeschäftigung ähnlich hoch ist wie in anderen Bundesländern. Kinderbetreuungsplätze sind eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Vollzeitarbeit. Am allerwichtigsten ist die Tatsache, dass die Österreicherinnen und Österreicher rechnen können – sie wissen, dass mehr zu arbeiten toll für den Finanzminister ist, aber nicht für die eigene Brieftasche: Um 50 Prozent länger zu arbeiten (von 20 auf 30 Stunden) bringt nur ein Drittel mehr netto, 100 Prozent (von 20 auf 40 Stunden) nur zwei Drittel mehr. Da hilft auch der moralische Zeigefinger von Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer nicht wirklich, auch wenn seine Analyse völlig richtig ist. Solange sich Mehrarbeit in Österreich nicht lohnt, werden die Menschen ihre Arbeitszeit optimieren. Die IV-OÖ hat bereits vor drei Jahren ein „Leistung muss sich lohnen“-Paket aufgelegt – alle haben es übernommen, nur umgesetzt wurde kaum etwas davon. Ohne Anpassung der Steuerprogression bzw. Änderung der Bezugsbasis der Besteuerung (Stundenlohn) wird sich an dieser Tatsache nichts ändern.

Schon Tradition hat in Österreich auch das regelmäßige Aufkeimen planwirtschaftlicher Ideologien. „Ab 50 Prozent Staatsquote beginnt der Sozialismus“, hat einst Helmut Kohl gesagt – Österreich liegt in der Zwischenzeit bei 56 Prozent, und trotzdem gibt es ständig neue Ideen, wie man marktwirtschaftliche Mechanismen möglichst ausschalten oder kompensieren sollte. Dass der Preis der Informationsträger für die Knappheit eines Gutes ist und Signalfunktion hat, ist ein Fehler eines neoliberalen Kapitalismus. Das selektive Narrativ des Finanzministers zeigte sich in diesem Zusammenhang erneut deutlich. Die hohe Inflation in Österreich ist stark hausgemacht, und solange nicht nur die KV-Löhne, sondern auch die Ist-Löhne von den Sozialpartnern verhandelt werden, lässt sich die Preis-Lohn-Spirale auch nicht umkehren. Bei der Energiepolitik ist die Debatte bisher ebenfalls ein Teilzeitjob: Durch die Umstellung von einer nicht volatilen Stromerzeugung auf eine volatile Stromerzeugung entstehen Zusatzkosten für den Netzausbau und die Aufrechterhaltung der Netzstabilität (Re-Dispatch-Kosten), für die Stromspeicherung sowie für die Vorhaltung von Back-up-Kraftwerkskapazitäten. Die Kostenwahrheit bleibt ausgeblendet und das Merit-Order-Prinzip in Stein gemeißelt. Fertigdenken und nachhaltige Planung? Fehlanzeige.

Zuletzt wirkt auch die Hoffnung auf einen Aufschwung bewusst nicht durchdacht. „Die Idee, eine festgefahrene Volkswirtschaft lasse sich durch Fanfaren des Optimismus in Schwung bringen, bleibt ein Kinderglaube“, schreibt das „Pioneers Briefing“. Zuversicht ist das Ergebnis von Reformarbeit, nicht der Ersatz. Gute Politik beginnt mit dem Betrachten von Wirklichkeit. Hannah Arendt wird zitiert mit: „Der wohl erschreckendste Aspekt der Realitätsflucht liegt in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handle es sich um bloße Meinungen. Eine besondere Form der Realitätsflucht liegt in der Umkehrung, mit Meinungen so umzugehen, als handle es sich um Fakten.“ Wenn also ein Standort keine konjunkturellen Probleme, sondern selbst verschuldete strukturelle Probleme hat, dann darf das Warten auf den Aufschwung bestenfalls als naiv bezeichnet werden. Nur die Lösung der Standortprobleme durch Reformen kuriert die Krankheit, während Förderungen und andere planwirtschaftliche Eingriffe nur das Symptom abmildern. Die Österreichische Schule der Nationalökonomie ist weltberühmt; nur nicht in Österreich. Investitionsfreibetrag und Strompreiskompensation als die wesentlichsten Ergebnisse der Regierungsklausur sind ein erster Schritt in die richtige Richtung – angesichts der Größe der Standortprobleme sind sie aber nicht mehr als ein Pflaster auf einen offenen Oberschenkelbruch.

Joachim Haindl-Grutsch
Geschäftsführer IV-OÖ

Fotos: Max Mayrhofer, IV-OÖ / Pelzl

Zeugnistag für den Standort – Ergebnisse der Mitgliederumfrage der IV-OÖ

Personalkosten, Steuern und Bürokratie belasten die Industrie massiv. Die Betriebe fordern Reformen, Investitionsanreize und weniger Staat – sonst bleibt der erhoffte wirtschaftliche Aufbruch Wunschdenken.

Traditionell fand im Rahmen der Ordentlichen Vollversammlung der Industriellenvereinigung Oberösterreich die Live-Befragung der Teilnehmer statt. Ca. 150 Eigentümer und Spitzenmanager der Mitgliedsbetriebe gaben ihre Einschätzung zu einem über viele Jahre fast unveränderten Fragenkatalog ab. Die Ergebnisse zeigen ein eindeutiges Bild – und einen klaren Handlungsauftrag für die Landes- und Bundespolitik.

Nach vier Jahren erstmals zarter Optimismus

Rund 80 % beschreiben die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im Vergleich zu den USA und China als generell nachteilig. Dieser Wert ist gegenüber 2023 (97 %) und 2024 (92 %) etwas weniger negativ und signalisiert somit durchaus etwas mehr Zuversicht im internationalen Kontext. Nur fünf Prozent schätzen die Situation in Europa im Vergleich als besser ein; ein Wert, der allerdings 2023 und 2024 sogar bei null lag.

Die Situation in Österreich zeigt erstmals zart aufkeimenden Optimismus. „Nach vier Jahren mit sehr negativen Einschätzungen steigt der Anteil jener, die die zukünftige Entwicklung der Wirtschaftslage in Österreich für die nächsten zwölf Monate verbessert beurteilen, auf zumindest wieder 30 % an. Von weiteren Verschlechterungen geht nur noch jeder Fünfte aus. Die Hälfte der Befragten sieht allerdings eine gleichbleibende Entwicklung für die nächste Zeit, was eine Fortsetzung der Stagnation bedeuten würde“, so IV-OÖ-Geschäftsführer Haindl-Grutsch. Die Einschätzung von Oberösterreich im Bundesländervergleich steigt von hohem Niveau aus weiter an: Aktuell stufen 73 % (der dritthöchste Wert seit 2015) den Standort Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern besser ein; 23 % sehen ihn als gleich gut an. Interessant ist aufgrund der Nationalratswahl und der darauf folgenden langwierigen Regierungsbildung auf Bundesebene die Bewertung der neuen Bundesregierung: Immerhin 43 % der Mitglieder sind mit der neuen Führung unter Bundeskanzler Stocker, Vizekanzler Babler und Außenministerin Meinl-Reisinger sehr oder eher zufrieden. Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung war nur in den Jahren 2018 bis 2020 höher. Es zeigt sich aktuell eine verhalten positive Stimmung im Zusammenhang mit der neuen Regierungsmannschaft.

Personalkosten als Top-Thema

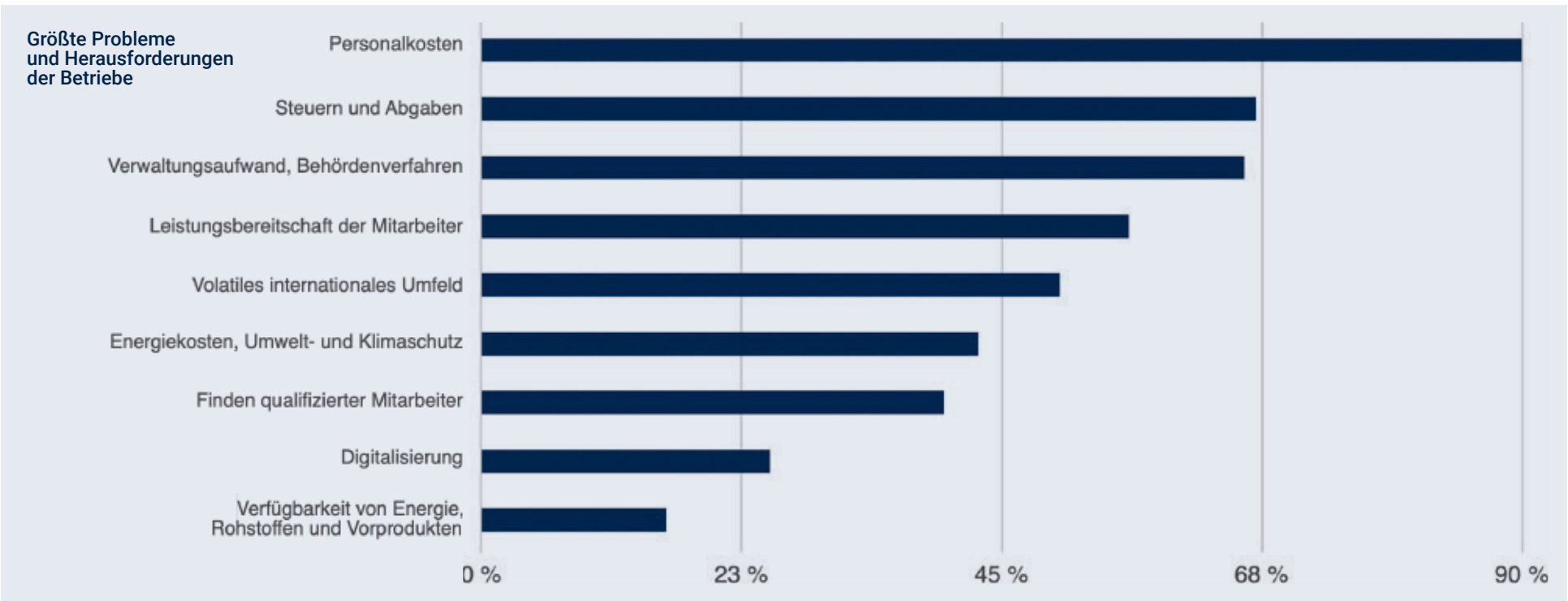
Eine klare Priorisierung zeigt die Frage nach den größten Problemen und Herausforderungen für die Betriebe in den nächsten fünf Jahren. Die Personalkosten sind wie schon im Vorjahr klares Hauptthema Nummer 1 bei den Mitgliedern – 90 % sehen darin das größte (45 %) oder ein schwerwiegendes (45 %) Problem. Auf Platz zwei folgt mit weiterer Verschärfung der Einschätzung der Aspekt Steuern und Abgaben: Waren es im Vorjahr noch die Hälfte, so sind es jetzt etwa zwei Drittel der Betriebe, die dieses Thema massiv belastet; der höchste Wert seit 2014. Als drittwichtigstes Problem erweisen sich der Verwaltungsaufwand bzw. die Behördenverfahren – aktuell erkennen hier zwei Drittel entsprechende Schwierigkeiten. Weiters wurden in der Befragung noch die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter, das volatile internationale Umfeld sowie die Energiekosten als große Probleme eingestuft. Klar rückläufig und überwiegend nur mehr als durchschnittliches Problem wahrgenommen wird aktuell das Finden qualifizierter Mitarbeiter: Lag das Herausforderungslevel 2023 noch knapp bei 90 % und im letzten Jahr bei 50 %, reduziert sich aktuell das Niveau weiter auf 40 %, die darin ein schwerwiegendes Thema erkennen; der geringste Anteil der letzten zehn Jahre.

Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten

Die Erwartungen an ein Maßnahmenpaket seitens der Politik werden vor allem von einer Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten dominiert, was wiederum entsprechend auf die beiden priorisierten Hauptherausforderungen zurückzuführen ist. Der Anteil der Topnote (höchste Priorität) steigt hier seit 2023 kontinuierlich an und erreicht mittlerweile knapp zwei Drittel der Mitglieder. Der Bürokratieabbau sowie die Digitalisierung und Modernisierung von Prozessen der öffentlichen Hand haben für knapp jeden zweiten Befragten allerhöchste Priorität; das Thema kommt somit auf Platz 2 im Maßnahmenranking. Neun von zehn sehen hier Handlungsbedarf, zuletzt lag die Quote konstant unter 80 %. Eine Entlastung bei den Energiepreisen gewinnt an Bedeutung – in Summe sehen hier in etwa drei Viertel (23 % höchste Priorität, 52 % hohe Priorität) entsprechenden Handlungsbedarf seitens der Politik.

Aufbruch nur mit offensiver Standortpolitik

„Österreich leidet unter hausgemachten strukturellen Problemen. Der Wohlstand der Menschen sinkt, der Verlust an industrieller Wertschöpfung und an Arbeitsplätzen ist ein massiver Aderlass. Die standortpolitischen Hausaufgaben müssen jetzt erledigt werden: Österreich braucht unmittelbar steuerliche Anreize für Investitionen und für mehr und längeres Arbeiten, um das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln; sowie strukturelle Reformen für einen nachhaltig schlankeren Staat“, betont Joachim Haindl-Grutsch abschließend. „Der von allen erhoffte Aufbruch gelingt nur, wenn wir die Probleme im Kollektiv lösen.“



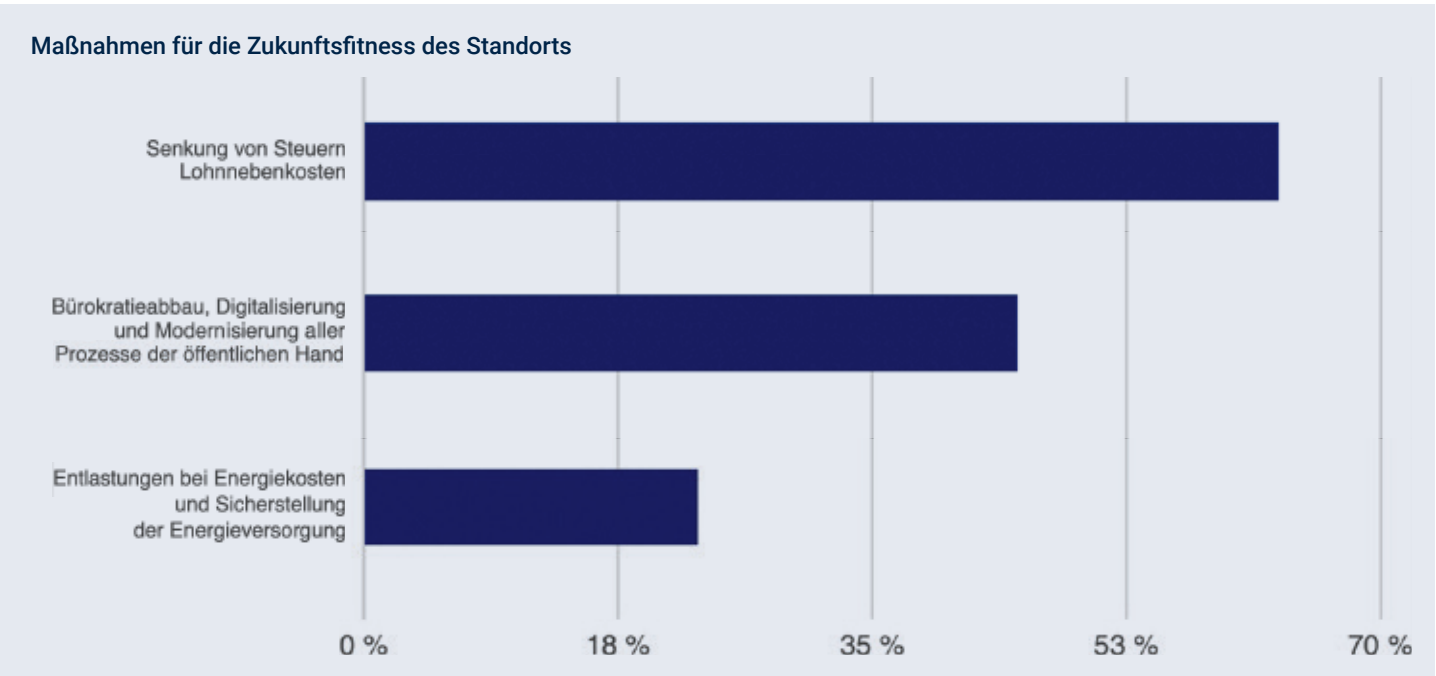


Foto: IV-OÖ

Aufbruch alternativlos

Bei den „Oberbank Industriegesprächen“ schilderte voestalpine-CEO Herbert Eibensteiner, welche Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Transformation des energieintensiven Konzerns notwendig sind.

Die „Oberbank Industriegespräche“ von Oberbank, IV-Oberösterreich und den „OÖN“ bilden den traditionellen Veranstaltungsauftakt im Herbst. Im Mittelpunkt steht dabei immer die Präsentation eines Leitbetriebs der oberösterreichischen Industrie – diesmal war Oberösterreichs Paradebetrieb, die voestalpine AG, an der Reihe. Dem eindrucksvollen Vortrag von CEO Herbert Eibensteiner folgten mehr als 1.000 Teilnehmer.

Oberbank-Generaldirektor Franz Gasselsberger gratulierte in seiner Eröffnungsrede der voestalpine zum 30-jährigen Börsenjubiläum – seit dem IPO am 9. Oktober 1995 hat sich das Unternehmen stark gewandelt. Der Schritt an den Kapitalmarkt eröffnete neue Möglichkeiten, veränderte die Governance und führte zu einer Loslösung vom politischen Einfluss; ein wichtiger Meilenstein. Von dieser Unabhängigkeit profitieren nicht nur die Aktionäre, sondern auch die Mitarbeiter, die Kunden, die Zulieferbetriebe und insgesamt der Wirtschaftsstandort Österreich gleichermaßen.

IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl betonte in seinem einleitenden Statement, dass der Aufbruch für Österreich alternativlos sei. Er schilderte die besorgniserregend schlechten volkswirtschaftlichen Daten des Standorts: Österreich ist Schlusslicht in Europa beim Wirtschaftswachstum, hat den stärksten Lohnstückkostenanstieg zu verzeichnen und leistet sich die höchsten Sozialausgaben in Prozent des BIP in der OECD. Der Abstieg im IMD-Ranking wird gerade im Vergleich mit der ähnlich strukturierten Volkswirtschaft Dänemark in den letzten Jahren dramatisch sichtbar. Österreich verfügt weiterhin über tolle Unternehmen mit hervorragenden Mitarbeitern und hoher Technologiekompetenz, aber die Verpackung „Made in Austria“ ist zu teuer geworden. Eine Kurskorrektur ist notwendig. Doch wie schaffen wir den Aufbruch? Österreich braucht wieder mehr Marktwirtschaft und einen schlankeren Staat mit sinkenden Steuern und weniger Bürokratie anstelle einer immer stärker wachsenden Staatswirtschaft; sowie einen wettbewerbsfähigen Industriestandort, in dem Leistung belohnt wird.

voestalpine-CEO Herbert Eibensteiner präsentierte die eindrucksvollen Eckdaten des Konzerns: 50.000 Mitarbeiter erwirtschaften einen Umsatz von 15,7 Mrd. Euro an 500 Standorten in 50 Ländern auf fünf Kontinenten. Er nannte als zentrale Herausforderungen die zunehmende Deglobalisierung mit immer mehr Handelsbarrieren, den demografischen und soziokulturellen Wandel, verbunden mit dem weltweiten Kampf um Talente, den beschleunigten technischen Fortschritt (beispielsweise mit 120 KI-Anwendungen allein im Linzer Werk) sowie die Herausforderungen rund um die grüne Transformation. Der Prozess der Umstellung auf Elektrolichtbogenöfen anstelle von Hochöfen zur CO_2-Reduktion ist in vollem Gange. Allein im ersten Schritt werden 1,5 Mrd. Euro investiert und 30 Prozent CO_2 eingespart. Technologisch und wirtschaftlich enorm komplex wird der finale Schritt, bis 2050 Roheisen auf Wasserstoffbasis zu produzieren.

Zum Schluss nannte Eibensteiner konkrete Forderungen an die Politik: Die Wettbewerbsfähigkeit sei zwar in der Zwischenzeit das erklärte Ziel der Politik, aber bisher gebe es keine konkreten Umsetzungen. Um die Transformation fortzuführen und gleichzeitig Wohlstand zu sichern, brauche die energieintensive Industrie jetzt:

- eine Verlängerung der ETS-Freizertifikate
- eine Zweckbindung der ETS-Einnahmen im Budget für die Transformationsunterstützung der Industrie
- einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energie inklusive der Netze
- eine Klimapolitik, die nicht nur in immer strengeren Zielen, sondern in Umsetzungen denkt
- eine Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030
- eine Lösung des Zoll-Wahnsinns

In der abschließenden Talkrunde forderte der IV-OÖ-Präsident die Simplifizierung der Prozesse der öffentlichen Hand. Zusätzlich müsse die Merit-Order zur Strompreisermittlung überdacht werden. Bründl und Eibensteiner betonten die Notwendigkeit einer Lohnnebenkostensenkung sowie die Verantwortung der Sozialpartnerschaft bei den kommenden Lohnverhandlungen der Metaller – eine Kurskorrektur sei überfällig.

Fotos: Silvia Reitmaier